

Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

Doron Rabinovici Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 27. Dezember 2020

Wechselseitige Verdächtigungen

Bei manchen Themen fällt es in Deutschland schwer, zurückhaltend und ausgewogen zu bleiben. Alle Seiten sind um Maßlosigkeit bemüht, denn die Debatte rührt an den Kern des gesellschaftlichen Selbstverständnisses nach 1945. Die Rede ist nicht von Lohnkämpfen und nicht von einem neuen Lockdown. Es geht nicht um Innenpolitik, sondern vielmehr um den Umgang mit dem Staat Israel. In einem offenen Brief fordern über tausend Intellektuelle und Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft die Rücknahme des Bundestagsbeschlusses gegen die BDS-Bewegung, die dazu aufruft, das ganze Land Israel und alle jüdischen Israelis zu boykottieren.

Der Bundestagsbeschluss, so hieß es hier, bewirke die „übereifrige Überwachung der politischen Ansichten von Kulturschaffenden aus dem Nahen Osten und dem globalen Süden“, betreibe „Racial Profiling durch die Hintertür“ und schade „auch dem anhaltenden Kampf gegen den virulenten Anstieg von Antisemitismus weltweit sowie innerhalb des deutschen Parlaments, der Polizei, der Bundeswehr und der Geheimdienste“. Zudem werde durch den Beschluss ein „Klima der Zensur“ geschaffen, und darüber hinaus werde die Kritik an Israel und an dessen Politik in Deutschland so zum Schweigen gebracht.

Im schroffen Gegensatz zu diesem Befund klagen andere, Deutschland, ja die ganze EU seien eine Bastion israelfeindlicher Hetze, die da jetzt der letzte Schrei sei, wobei auch auf manch einschlägige UN-Resolution gegen die Jerusalemer Politik und gegen die Besatzung verwiesen wird, die von der Bundesregierung unterstützt werde. Tatsächlich ist das Wort Israel-Kritik im Deutschen ein stehender Begriff. Zum Vergleich: Von einer sogenannten China-Kritik oder Russland-Kritik weiß niemand.

Der Brief der über tausend Intellektuellen beruft sich auf die Erklärung der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, in der namhafte kulturelle, wissenschaftliche und künstlerische Einrichtungen vor der Anwendung des Bundestagsbeschlusses warnen, ihn zugleich nicht vollkommen verwerfen, sondern auch den Boykott Israels ablehnen. Der offene Brief wiederum verzichtet vollkommen auf diese

Differenzierung, und er vereint alle hier: „unabhängig davon, ob wir BDS unterstützen oder nicht“.

Das Ganze entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Hier unterschreiben Leute, die gegen BDS sind, gemeinsam mit Leuten, die für BDS sind, dagegen, dass Leute, die für BDS sind, boykottiert werden, wobei die eigentliche Grundlage von BDS ist, Leute, ja ein ganzes Volk pauschal zu boykottieren.

Die Bewegung unterscheidet nicht prinzipiell zwischen dem Israel von 1948 und den 1967 besetzten Gebieten, auch nicht zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Selbst linke Oppositionelle aus Kunst und Wissenschaft werden von der Kampagne nicht ausgenommen. Nicht nur alle jüdischen Israelis sollen international isoliert werden. Nein, sogar zum Boykott von jüdischen Kulturwochen in Berlin, in Wien oder Paris wird zuweilen aufgerufen, wenn hier israelische Bücher, Filme oder Musik dargeboten werden. Auf diese Weise geraten alle jüdischen Gemeinden automatisch ins Visier der BDS-Kampagnen. Bei einer Wiener migrantischen Gedenkkundgebung für die Opfer des rechtsextremen Terroranschlags in Hanau forderte etwa BDS-Austria, eine Vertreterin der „Jüdischen Österreichischen HochschülerInnen“ nicht sprechen zu lassen, weil die jüdische Organisation rassistisch sei. Vor dem Hintergrund europäischer Vergangenheit weckt die Boykottbewegung deshalb bei vielen die Erinnerung an die antijüdischen Parolen: „Kauft nicht bei Juden!“

Zu Recht käme niemand auf die Idee, bei aller Kritik etwa am Kreml, an Washington, an Warschau, an Budapest oder Istanbul ein pauschales Embargo von russischen, amerikanischen, polnischen, ungarischen oder türkischen Künstlern oder Wissenschaftlern zu fordern. Ganz im Gegenteil ... Überall geht es um die Stärkung unabhängiger Kräfte. Nur nicht beim Judenstaat.

Kein Text ohne Kontext

Aber kein Text ohne Kontext. In Ramallah oder Gaza ist der Boykottaufruf einfach nur ein Ausdruck des nationalen Konflikts und des palästinensischen Kampfes. In Südafrika weckt ein Boykott Reminiszenzen an den Widerstand gegen die Apartheid. Anders ausgedrückt: Derselbe Satz kann an einem Ort etwas anderes als an einem anderen bedeuten. Wenn Rechtsextreme in Charlottesville rufen: „Jews will not replace us“, ist das eine antisemitische Parole, doch in Hebron wäre es nur ein Slogan gegen die Siedlungspolitik.

Dennoch muss es nicht verwundern, wenn sich BDS in Berlin nur allzu gut einfügt in den antisemitischen Diskurs. Die Bewegung negiert die historische Komplexität jüdischer Geschichte, indem Israel und der Zionismus von Anfang an bloß als rassistisches Unternehmen wahrgenommen werden. Mit keinem Wort distanzieren sich übrigens je irgendwelche BDS-Gruppen von islamistischen Attentaten auf jüdische Einrichtungen, ob nun in Europa oder in Israel.

Aber selbst wenn die Argumentationslinien und Methoden dieser Bewegung vielen suspekt scheinen, ist es nicht dennoch vollkommen überzogen, zu erklären, alle, die den Boykott aus unterschiedlichen Gründen unterstützten, seien deshalb gleich Antisemiten? Der Bundestagsbeschluss behauptet das im Text auch gar nicht, aber dennoch wird – von nicht wenigen, die für ihn, doch auch von vielen, die gegen ihn

sind – so getan, als fände sich in der Resolution ein Zwang zur Ächtung aller Persönlichkeiten, die den BDS je unterstützten.

Es geht nicht um den Ausschluss von Einzelpersonen

Die Auseinandersetzung rund um den postkolonialen Theoretiker Achille Mbembe zeigt, wie verworren die Debatte abläuft. Die Leiterin der Ruhrtriennale war aufgefordert worden, Mbembe nicht den Eröffnungsvortrag halten zu lassen, da er die BDS unterstützte. Tatsächlich bestand Mbembe etwa 2018 darauf, die Psychologieprofessorin und Konfliktforscherin Shifra Sagy möge von einer akademischen Konferenz in Südafrika entfernt werden – weil sie eine jüdische Israelin ist. Letztlich wurde Mbembe nicht ausgeladen, sondern das Festival der Pandemie wegen abgesagt. Die „Süddeutsche Zeitung“ druckte Mbembes Rede ab, und er bekam in mehreren deutschen Medien Gelegenheit, seine Position darzulegen.

Mbembe werden problematische Stellen in seinem Werk vorgeworfen, doch genügt das schon, um ihn zum ausgesprochenen Antisemiten zu machen? Er erklärt nun, er unterstütze die Boykottbewegung nicht. Aber selbst wenn er es noch täte, wäre das schon ein Grund, ihn deshalb überhaupt nicht mehr auftreten und bei keiner Eröffnung mehr reden zu lassen? Sollen alle, die aus verschiedenen Erwägungen den Boykott befürworten, in keinen staatlichen Institutionen sprechen dürfen? Im Bundestagsbeschluss wird das doch gar nicht gefordert. Die Resolution richtet sich gegen die BDS-Kampagne, und der Bundestag verkündet, keiner Organisation, die Israels Existenzrecht in Frage stellt, seine Unterstützung zu gewähren. Der Ausschluss von Einzelpersonen wird überhaupt nicht erwähnt.

Exzessive Auslegungen

Aber im Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ beklagen kulturelle und wissenschaftliche Institutionen, dass unter Berufung auf den Bundestagsbeschluss kritische Stimmen allein aufgrund ihrer politischen Positionen zu Israel des Antisemitismus bezichtigt werden, um sie so in Misskredit zu bringen.

Wir sind mitten in einer Inszenierung der exzessiven Auslegungen und der wechselseitigen Verdächtigungen. Es wird davon ausgegangen, das Gesagte sei nicht das Gemeinte. Die einen sehen in der Kritik an Israel nur einen Vorwand, um antisemitische Ressentiments zu artikulieren, bewusst oder auch unbewusst. Die anderen hingegen argwöhnen, der Antisemitismusvorwurf soll nur die legitime Kritik zum Schweigen bringen. Zuweilen liegen wohl beide Seiten mit ihren Verdächtigungen nicht ganz daneben.

Darf der Bundestag etwa die Boykottbewegung nicht mehr verurteilen, weil dann so eine Resolution missbraucht werden könnte? Nicht die parlamentarische Ablehnung der Boykottkampagne an sich ist das Problem, sondern ihre exzessive Auslegung. Aber es gibt die Diffamierung von Kritik an israelischer Politik als Ressentiment doch nicht erst seit dem Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Bewegung. Dazu brauchte es nicht eine eigene Resolution.

Neuer Antisemitismus?

Bereits seit langem werden kritische Stimmen des Antisemitismus oder des jüdischen Selbsthasses bezichtigt. Ebenso werden Forschungen zu Parallelen und Unterschieden zwischen antijüdischer und antimuslimischer Hetze gerne diskreditiert. Seit Jahren wurde zudem immer wieder protestiert, wenn etwa Judith Butler geehrt werden sollte. Gerade deshalb war es Christoph Heilbronn, Natan Sznajder und mir wichtig, im 2019 erschienenen Band „Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte“ auch einen Beitrag von Butler zu publizieren, in dem sie die Unterstützung für die BDS-Kampagne als Strategie gegen den Judenhass propagierte. Wir wollten die widersprüchlichen Positionen abbilden.

Die offene Streitkultur ist in Gefahr, und das nicht nur, wenn es um die Boykottbewegung geht. Wir erleben eine Krise der liberalen Demokratie. Nicht bloß in Bezug auf Israel. Die Frage, wo die Grenze der Toleranz verlaufen muss, wird angesichts des Aufstiegs autoritärer Populisten und im Widerhall der sozialen Medien neu verhandelt. Grenzen braucht es – darin stimmen die meisten Befürworter und Gegner von BDS-Kampagne und Bundestagsbeschluss vollkommen überein; Grenzen gegenüber Rassismus und Antisemitismus. Umstritten ist indes, wo sie zu ziehen sind.

Wer die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde verteidigen will, darf die intellektuelle Auseinandersetzung nicht einengen. Dem Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ ist zuzustimmen, dass es die kulturellen und akademischen Freiheiten zu verteidigen und Ambivalenzen auszuhalten gilt – nur sicher nicht im Einklang mit der BDS-Bewegung, denn das kann wohl kaum gelingen.

DORON RABINOVICI

Quelle: F.A.S.
© Doron Rabinovici